

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/16

27. Januar 1975

Berlin beginnt die Wahlkampf-Serie 1975

Sozialdemokraten stehen geschlossen hinter
Klaus Schütz

Von Harry Ristock
Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes
der Berliner SPD und des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 49 Zeilen

Augenmaß-Beurteilung einer China-Reise

Notwendige Anmerkungen zum Thema Franz Josef Strauß

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 68 Zeilen

Die Probe wurde bestanden

In der Entwicklungspolitik findet kein Kurawechsel statt

Von Erwin Stahl MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Seite 5 / 28 Zeilen

Auch Künstlerinnen sind in der "Leichtlohngruppe"

Frauen in schöpferischen Berufen finanziell besonders
benachteiligt

Von Dieter Lattmann MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und
Wissenschaft

Seite 6 und 7 / 62 Zeilen

Berlin beginnt die Wahlkampf-Serie 1975

Sozialdemokraten stehen geschlossen hinter Klaus Schütz

Von Harry Ristock

Mitglied des Geschäftsführenden-Landesausschusses der Berliner SPD
und des SPD-Vorstandes

Berlin eröffnet am 2. März die Reihe der Landtagswahlen des Jahres 1975. Die Sozialdemokraten in Berlin befinden sich bereits seit einigen Monaten in einer aktiven Wahlkampfauseinandersetzung, die das Ziel hat, am 2. März das Vertrauen der Mehrheit der Wähler erneut für Klaus Schütz und die Sozialdemokratie zu erringen.

Seit 1963 haben die Bürger Berlins die CDU in die Opposition verwiesen. Die Berliner CDU stellt in diesem Wahlkampf weder für die Bürger Berlins noch für die Sozialdemokraten - und dies weder in sachlicher noch in personeller Hinsicht - eine Alternative dar. Die CDU Berlins hofft auf die derzeitige Großwetterlage in der Bundesrepublik und auf Axel Cäsar Springers Zeitungen. Die Sozialdemokraten in Berlin wissen um die Mängel, die aus langjähriger Regierungsverantwortung erwachsen. Sie wissen aber auch um den Wert der Erfahrungen, die der Partei in den langen Jahren der Verantwortung für die Bürger Berlins zugewachsen sind. Ernst Reuter, Willy Brandt, Franz Neumann und Klaus Schütz, um nur diese wenigen zu nennen, stehen stellvertretend für die Berliner Sozialdemokratie, die entscheidend mit dazu beigetragen hat, den Menschen in unserer Stadt heute eine bis dahin noch nicht erreichte Sicherheit und Zukunftsperspektive nach innen und außen zu gewährleisten. Die CDU hat nein und ja gesagt, sie war dagegen und versucht heute, auf fahrende Züge aufzusteigen, um gleichzeitig Sand und Dreck ins Getriebe zu streuen.

Die Berliner FDP befindet sich in einer sicherlich nicht beneidenswerten Situation. Sie weiß, daß es gegen die Politik des Berliner Senats

keine Alternative gibt, kämpft aber trotzdem gegen sie, um späterhin in einer von ihr gewünschten Koalition mit Bravour eben diese bekämpfte Politik mit zu führen.

Die K-Gruppen (KPD, SED, KPW) vereinen sich in der Zielsetzung, demokratische Sozialisten zu diffamieren. Die Wähler - allen voren die arbeitenden Menschen - werden die Antwort geben. Diese drei Gruppen werden also weiterhin der Bedeutungslosigkeit erheimfallen.

34 Tage vor der Wahl mache ich den Versuch einer realistischen Einschätzung:

Wir Sozialdemokraten haben eine gute Chance, erneut die Zustimmung der Mehrheit unserer Mitbürger zu erreichen. Die Stammwähler der Sozialdemokraten sind erheblich stärker als die Stammwähler der CDU. Trotzdem haben wir überhaupt keinen Grund, auf dem falschen Bein hurra zu schreien. Eine relativ große Zahl von Wählern ist noch unentschieden. Die vor uns liegenden Wochen und vor allen Dingen das Verhalten der Berliner Sozialdemokraten werden mit darüber entscheiden, ob wir die zweifelnden, unentschiedenen Bürger für uns gewinnen können.

Wir sind sicher, daß wir den besseren Spitzenkandidaten und die bessere Mannschaft haben.

Wir haben ein Wahlprogramm, das nicht der Agitation, sondern den realen Bedürfnissen und der finanziellen Realisierung entspricht.

Wir haben eine Berliner Sozialdemokratie, die nach sehr schwierigen Auseinandersetzungen in den zurückliegenden Jahren seit 1970 begriffen hat, daß der gesellschaftliche Gegner außerhalb und nicht innerhalb der Partei zu suchen ist. Die Berliner Sozialdemokraten führen einen geschlossenen Wahlkampf.

(-/27.1.1975/ks/pr)

+ + +

Augenmaß-Beurteilung einer China-Reise

Notwendige Anmerkungen zum Thema Franz Josef Strauß

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Die China-Reise des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß sollte im In- und Ausland in ihrer Bedeutung nicht überbewertet werden. Was ist nun wirklich so sensationell daran, wenn ein in der Opposition zuhause vielleicht frustrierter Abgeordneter des Deutschen Bundestages mit traditioneller chinesischer Höflichkeit auch von dem dienstältesten kommunistischen Parteichef der Welt und seit Jahrzehnten unangefochtenen ersten Mann in seinem Staat persönlich empfangen wird? Wenn ihm also eine Ehrung zuteil wird, die z.B. in diesen Tagen einem Prof. Dr. Karl Carstens als dem, vielleicht nur nominellen Oppositionsführer im Bundestag von Seiten des französischen Staatspräsidenten zuerkannt wurde? Es stimmt doch keineswegs, daß sich der in der historischen Perspektive schon jetzt als ein wirklich großer Vorsitzender zu bezeichnende Mao Tse-tung noch nie mit Privatpersonen ohne staatliche Funktionen unterhalten hätte. Man braucht in diesem Zusammenhang nur an die unzähligen Gespräche zu denken, die z.B. der bekannte amerikanische Journalist Edgar Snow mit dem Vater des modernen China geführt hat.

Außenpolitisch gesehen kommt es in diesem Zusammenhang vor allem auf zweierlei an: 1/ Darauf, daß eine solche Reise eines gewiß prominenten Abgeordneten nicht von diesem selber, von seiner Partei oder von der nationalen wie internationalen Öffentlichkeit als Ausdruck einer Frontstellung gegen dritte Mächte interpretiert, geschweige denn so einkalkuliert wird - in diesem Falle etwa gegen die Sowjetunion oder die Vereinigten Staaten, die schließlich beide für die deutsche Politik von ausschlaggebender Bedeutung sind. Wirklichen Einfluß auf den tatsächlichen Gang der bundesrepublikanischen Außenpolitik, deren Richtlinien allein der Bundeskanzler bestimmt, können

irgendwelche im alten Reich der Mitte gehaltenen Reden eines Oppositions-
abgeordneten ohnehin nicht haben. Das wäre nach unserem Verfassungssystem -
andere als im Falle des britischen Oppositionsführers z.B. - selbst bei dem
Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion nicht der Fall. Noch ist schließlich Franz
Josef Strauß nicht Kanzlerkandidat seiner Partei für 1976. Ob er es jemals
werden wird, das steht noch völlig in den Sternen, die von dem Roten Stern
über dem modernen China sowieso nicht beeinflusst werden.

Zum zweiten aber sollte jede Besuchereise deutscher Politiker auch in
die Volksrepublik China, mit der ja schließlich erst unter der sozialliberalen
Koalition diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden, dem Ziel der weiteren
Vertiefung ohnehin schon guter Beziehungen dienen. Daß diese Beziehungen erst
und gerade unter dieser Bundesregierung stetig verbessert worden sind, be-
weisen viele Zahlen. Erinnerung sei nur an die Tatsache, daß im Jahre 1973 das
gesamte Handelsvolumen zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepu-
blik Deutschland auf 1,2 Milliarden DM angestiegen ist, was einem Mehr von
rd. 40 vH gegenüber dem Vorjahr gleichkommt. Dieses Ergebnis dürfte im Jahr
1974 um weitere 20 vH übertroffen werden. Wir stehen bekanntlich an vierter
Stelle im Außenhandelsvolumen der Volksrepublik. Auch der aus vielerlei Grün-
den nur zähflüssig in Gang gekommene Austausch von Studierenden hat gute
Fortschritte gemacht. Dasselbe gilt für den Austausch von Sportgruppen, immer-
hin wird in Kürze zum erstenmal ein Fußballteam aus der Volksrepublik auch
in Berlin auftreten. Es sei ferner daran erinnert, daß der Austausch von
Fachdelegationen ständig zunimmt. So werden wir z.B. in der Bundesrepublik
im Februar eine Ärzte- und Gesundheitsdelegation aus der Volksrepublik China
empfangen, im Juni eine chinesische Handelsausstellung beherbergen und dafür
im September eine solche nach Peking entsenden.

Die SPD jedenfalls hat es immer für richtig gehalten, daß ihre Vertre-
ter in Regierung, Parlament und Partei mit Repräsentanten auch aller jener
Staaten sprechen, die ideologisch ein völlig gegensätzliches politisches
System verkörpern. So hat die führende Regierungspartei dabei sicherlich bis-
her mehr Konsequenz, Realismus und Augenmaß an den Tag gelegt. Daß in dieser
Hinsicht die CDU/CSU in letzter Zeit hoffnungslos aus dem Tritt geraten ist,
wie die geradezu schizophren anmutende unterschiedliche Bewertung der Ge-
spräche des Bundestagsabg. Kiep und des Bundestagsabg. Strauß einmal mehr
zeigt, ist ein Problem, mit dem die Opposition im Deutschen Bundestag hoffent-
lich bald auf dem Wege zu einer endgültigen Festlegung ihrer Alternativkandi-
daten und möglicherweise sogar Alternativprogramme fertigwerden wird. Im
Interesse des ganzen deutschen Volkes wäre dies jedenfalls zu wünschen. Die
Bundesrepublik Deutschland braucht von ihrem parlamentarischen System her
eine einigermaßen geschlossene und einigermaßen funktionsfähige Opposition.
(-/27.1.1975/ks/pr)

+ + +

Die Probe wurde bestanden

In der Entwicklungspolitik findet kein Kurswechsel statt

Von Erwin Stahl MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Reichlich unverhofft ist die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten. Zwei Ereignisse auf verschiedenen Ebenen haben dazu beigetragen.

Das Bundeskabinett hat eine Grundsatzdebatte über die künftige wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Dritten Welt geführt, und zwar termingerecht zu der in diesem Jahr fälligen Fortschreibung der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung. Diese soll den veränderten Gegebenheiten in der Dritten Welt angepaßt werden, ohne ihre grundsätzliche Zielrichtung zu ändern. So ist beispielsweise nicht an eine wesentliche Verschiebung des Verhältnisses zwischen multilateraler und bilateraler Entwicklungshilfe gedacht, das in der Bundesrepublik ein nahezu optimales Ausmaß gegenüber anderen Ländern erreicht hat. Wohl aber ist eine Ergänzung des Instrumentariums der Technischen Hilfe in der Folge der Rohstoffsteigerungen erforderlich geworden und schon in beachtlichen Ansätzen neu eingeführt.

Auch die Europäische Gemeinschaft hat die Grundsätze ihrer Entwicklungspolitik überprüft. Das "Fresko" des zuständigen Kommissars Cheysson wurde von den europäischen Entwicklungsministern durchleuchtet. Bundesminister Bahr hat dabei die Notwendigkeit einer weltweiten Entwicklungspolitik der EG erneut hervorgehoben. Auch forderte er seine Kollegen auf, den Kreis der assoziierten Staaten nicht nur nach geographischen und historischen Gesichtspunkten festzulegen.

Die Qualität eines Konzepts zeigt sich erst dann, wenn es sich als wirksam und praktikabel herausgestellt hat und wenn es sich flexibel neuen Bedingungen anpassen kann, ohne die Grundprinzipien über Bord werfen zu müssen. Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung hat diese Probe bestanden: Die Grundlagen bleiben, ein Kurswechsel findet nicht statt.

(-/27.1.1975/bgy/pr)

+ + +

Auch Künstlerinnen sind in der "Leichtlohngruppe"

Frauen in schöpferischen Berufen finanziell besonders benachteiligt

Von Dieter Lattmann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Der Künstlerbericht, dessen sozialpolitische und kulturpolitische Bedeutung am 24. Januar erstmals durch Erklärungen der Regierung und der Fraktionen im Deutschen Bundestag hervorgehoben wurde, bietet in seinen Einzelinformationen unter anderem auch diesen Aspekt: Frauen sind in den schöpferischen und nachschöpferischen Berufen in der Regel außergewöhnlich benachteiligt.

Das Jahresbruttoeinkommen männlicher Künstler übersteigt das der Frauen um 71,8 vH - bei selbständigen Künstlern sogar um 80 vH. Und dies in kulturellen Bereichen, in denen der Jahresdurchschnittsverdienst aller Künstler (1972 = brutto 22.800 DM) nur dem oberflächlichen Betrachter einigermaßen ausreichend erscheinen kann, während der genauere Blick feststellt, daß einzelne Gruppen, umgerechnet auf Stundenlohn, weniger als Zuehfrauen und Müllarbeiter verdienen. So kamen selbständige Musikpädagogen durchschnittlich nur auf brutto DM 11.700 im Jahr, abhängige Maler und Bildhauer zu 42 vH und Selbständige in derselben Berufsgruppe zu 39 vH ebenfalls unter brutto DM 1.000 im Monat, wobei die Freiberufler ohne Arbeitgeberanteil erhebliche Lasten für ihre soziale Sicherung aufbringen müßten, aber meistens nicht können. Ein Drittel der selbständigen Maler und Bildhauer steht überhaupt ohne Altersversorgung da.

Übrigens schwankt der Prozentsatz der Frauen in den künstlerischen Berufsgruppen erheblich. Unter allen Künstlern sind es 37 vH. Nur in einem Bereich, beim Ballett, überwiegen die Tänzerinnen mit 59 vH. Unter den Musikpädagogen befinden sich 47 vH Frauen, unter Sängern der ernsten Musik 44 vH und unter Kunsthandwerkern 41 vH. Dagegen gibt es unter Dirigenten nur 2 vH Frauen, unter Komponisten 3 vH, unter Regisseuren 5 vH, während bei In-

strumentalsolisten (ernste Musik) und auf dem Gebiet der Unterhaltungsmusik je 13 vH Frauen tätig sind. Wenn Zahlen Hände sprechen, sollte man eine Bibliothek des schlechten Gewissens anlegen angesichts der Niveauunterschiede in der Bezahlung von Männern und Frauen in den Künsten. So findet sich im Künstlerbericht auch jene Einschränkung aller statistischen Werte, die lautet: "Wie sich aus den Einzeldarstellungen ergibt, ist der Durchschnittswert wenig zur Charakterisierung der Einkommenssituation der künstlerischen Berufe geeignet. Die Streuung um diesen Mittelwert ist sehr breit und wird beeinflußt durch die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe, die Stellung im Beruf und den Vertragspartnertypus, vor allem aber durch das Lebensalter und das Geschlecht."

So gaben selbständige bildende Künstlerinnen ihr Bruttoeinkommen 1972 mit DM 11.100 an, während die Durchschnittssumme der Männer DM 24.500 erreichte. Unter selbständigen Musikern verdienten die Männer 24.500 DM, die Frauen 13.900 DM. Abhängig tätige Schauspieler erhielten durchschnittlich 60 Prozent mehr bezahlt als ihre Kolleginnen. Die Frage stellt sich: Wie hängen Leistung und Lohn hier zusammen im weiblich-männlichen Vergleich? Niemand außer verbohrtten Emanzipationsgegnern wird den Frauen generell untergeordnete schöpferische Fähigkeiten zusprechen. Auch wenn Dramen, Opern und Symphonien fast ausschließlich Männer zu ihren Schöpfern haben. Was aber wären Literatur und Kunst insgesamt ohne die Kreativität der Frauen? Allerdings scheint sich die sozialpolitische Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! in den kulturellen Bereichen und Medien noch weniger durchgesetzt zu haben als in der Wirtschaft, dem Handwerk und dem öffentlichen Dienst.

Alle politischen Lösungsvorschläge werden damit beginnen müssen, daß die Legislative sich zutraut, Maßstäbe für die Förderung der Künstler festzulegen. Etwa in dem Sinn: Künstler ist, wer über einen längeren Zeitraum - zum Beispiel zehn Jahre - überwiegend von schöpferischer und nachschöpferischer Arbeit gelebt hat. (Für Ausnahmeerscheinungen werden allerdings immer auch Sonderförderungen notwendig sein.) Fest steht: Die Arbeitsgruppe Kultursozialpolitik, die unter Beteiligung von Fachpolitikern aus mehreren Ausschüssen (Arbeit und Sozialordnung, Bildung und Wissenschaft, Inneres, Steuer und Finanzen usw.) in der SPD-Bundestagsfraktion gebildet wird, muß in der Verbesserung der Lage der Künstlerinnen eine vordringliche Aufgabe sehen. Von so hochtrabenden Dingen wie vom "Jahr der Frau" braucht man anders gar nicht zu reden.

(-/27.1.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller